

Die Opfer des Terrors



Tatort Eberswalde:
Der Angolaner Amadeu Antonio wird am 25. November 1990 niedergetrampelt – das erste Todesopfer rassistischer Gewalt im Osten.



Tatort Dresden:
Ostern 1991 wird Jorge Joao Gomundai aus einer Straßenbahn gestoßen. Er stirbt.

Tatort Brandenburg: 1994 und 1997 wird Martin Agyare überfallen, er verliert ein Bein.



RECHTSRADIKALE

„National befreite Zonen“

Im Osten Deutschlands entlädt sich Fremdenhaß in brutaler Gewalt gegen Ausländer. Ein Drittel der Jugendlichen ist nach Ansicht von Experten anfällig für rechtsextreme Verführer, und Auffangbecken der Ultras ist die NPD.

Angst geht um im Bonner Botschaftsviertel Bad Godesberg, Angst vor Berlin. Noch 20 Monate verbleiben den Exzellenzen in ihren beschaulichen Residenzen am linken Rheinufer, dann ist es mit der Idylle vorbei.

„Die Menschen hier sind an Ausländer gewöhnt“, sagt der Pressesprecher der Ägyptischen Botschaft, Botschaftsrat Reda Sheta, mit wehmütigem Unterton. Niemals in der Geschichte der Bonner Republik wurde ein Diplomat Opfer eines fremdenfeindlichen Übergriffs.

Das könnte sich mit dem Umzug nach Berlin rasch ändern. „Ich kann keinem garantieren, daß er hier nicht behelligt wird“, räumt Brandenburgs Ausländerbeauftragte Almuth Berger in entwaffnender Offenheit ein. In seinem Bundesland gebe es, hat der brandenburgische Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg erkannt, eine „faschistoide Gewaltbereitschaft mit Vernichtungswillen“ gegen Menschen, „die einfach nur anders sind“.

Trübe Auskünfte aus der Berliner Einheitsrepublik. Seit langem verfolgen vor allem die diplomatischen Vertreter aus nichteuropäischen Staaten mit wachsender Sorge die Berichte über die eskalierende Gewalt gegen Ausländer aller Couleur im Umland der neuen/alten deutschen Hauptstadt.

Mitunter geraten schon die Polizeimeldungen eines einzigen Tages zu einem Protokoll des Grauens – so wie am Dienstag vergangener Woche: Da attackierten in Schwerin drei Jugendliche, darunter ein 14jähriges Mädchen, eine Chinesin, traten

der Schwangeren in den Bauch; in Frankfurt (Oder) bedrohten zwei Rechtsradikale mit vorgehaltener Pistole einen polnischen Studenten, der im Oktober vergangenen Jahres schon einmal überfallen worden war, um ihn einzuschüchtern.

In Eberswalde schlugen drei Rechtsextreme zwei Passanten zusammen, weil die sich weigerten, den Hitlergruß zu zeigen. In der Industriestadt, 50 Kilometer nördlich von Berlin, schließt sich vorerst der Kreis: Hier wurde ein Jahr nach der Wende der Angolaner Amadeu Antonio das erste Todesopfer der aufkeimenden rassistischen Gewalt, hier muß heute sein siebenjähriger Sohn mehr denn je die rechtsextremen Gewalttäter fürchten (siehe Seite 75).

Weltweit machen Ostdeutsche Schlagzeilen, die böse Erinnerungen wecken. Zeitungen und TV-Sender in aller Welt registrieren, was sich in den neuen Ländern abspielt. „Gegen alles, was undeutsch ist“, überschrieb das niederländische „NRC Handelsblad“ in Riesenlettern einen Bericht über rechtsradikale Jugendliche in der Uckermark. Selbst die „New York Times“ und die „International Herald Tribune“ berichten inzwischen über die brutalen Neonazis aus Brandenburg oder die „kleine Bombenfabrik“ von Neonazis bei Jena.

Die polnische Zeitung „Gazeta Lubuska“ titel-

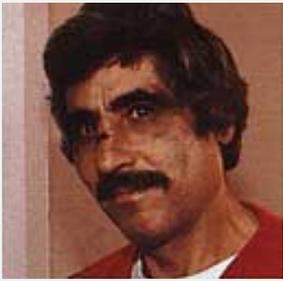
te: „Skins treten Europa“. Der britische „Guardian“ forderte gar den Bundeskanzler auf, mehr gegen die „Neonazi-Welle“ in Ostdeutschland zu tun. Gerade eine Regierung, die sich selbst als führende Kraft in Europa betrachte, stehe in der Pflicht, „dem Wachstum rassistischer Haltungen zu wehren“.

„Die Fremdenfeindlichkeit und der Haß in Ostdeutschland bereiten uns große, sehr große Sorgen“, gibt Kubas Presseattaché Geraldo Peñalver zu Protokoll. Am deutlichsten wird die Vertretung des Landes, in dem Rassismus einst Staatsdoktrin war. „Wirklich beunruhigend“, erklärt Südafrikas Botschaftssprecher Alan G. Moore, sei „der offensichtliche Rassismus, der hinter so vielen der Übergriffe steht“.

Die Südafrikaner wissen, wovon sie reden. Es gebe Botschaftsangehörige, „die im alten Ostdeutschland gelebt und damals schon die früher noch versteckte und unterdrückte Fremdenfeindlichkeit gespürt haben, die heute hinter Übergriffen auf Ausländer steht – auf jene, die anders aussehen oder sprechen oder sich anders verhalten“.

Wenn die Regierenden nicht aufpassen, könnten sie mit dem Umzug nach Berlin das Ansehen der Bundesrepublik schwer beschädigen. Acht Jahre nach der friedlichen Revolution vom Herbst 1989





M. WEISS / OSTKREUZ

Tatort Trebbin:
Mit Baseballschlägern wird
am 30. September 1996
der Eisenflechter Giovanni
Andreozzi schwer verletzt.



FOTOS: S. DOBLINGER / PAPAZZI

Tatort Magdeburg:
Freunde gedenken des
Punkers Frank Böttcher,
den ein Rechtsextremist
am 8. Februar 1997
kaltblütig ermordete.



Tatort Magdeburg:
Rechtsradikale Jugendliche
schlagen am 3. Januar
1998 im Stadtteil Cracau
den Bauarbeiter Gordon
Gafert brutal zusammen.



REUTERS

Rechtsextreme bei Demonstration*: „Afrika für Affen, Europa für Weiße“

ist die Illusion geplatzt, rechtsradikale Übergriffe seien ein wendebedingtes Übergangsphänomen, lediglich der Umstellung von Staatssozialismus auf Demokratie geschuldet. Der „Rechtsextremismus“, stellt der evangelische Bischof von Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber, frustriert fest, „wird in manchen ostdeutschen Regionen zur dominierenden Jugendkultur“.

Und er kommt aus der Mitte der ostdeutschen Gesellschaft. Fast jeder dritte Jugendliche in den neuen Ländern hat nach Einschätzung des brandenburgischen Kriminologen Bernd Wagner rechtsextreme Orientierungen. In manchen Teilen der ehemaligen DDR, klagen Direktoren, sei die Mehrheit der Schüler „rechtsextrem eingestellt“.

Ungeniert propagieren rechte Schläger und ihre Sympathisanten „national befreite Zonen“, in denen es keine Ausländer mehr gibt. Solche Reservate, aus denen die Brutalos mit Baseballschlägern alle in ihren Augen Fremdartigen – ob Schwarze, Bettler oder Punks – vertrieben haben, gehörten, warnt Wagner, bereits zum Alltag im Osten.

In kleineren Städten wie dem brandenburgischen Eberswalde, aber auch in Metropolen wie der sachsen-anhaltinischen Landeshauptstadt Magdeburg (siehe Seite 64) terrorisieren Skins die Gesellschaft – weil die erwachsenen Bürger und mitunter auch die Lokalpolitiker zusehen, oft genug mit unverhohlener Zustimmung.

Beinahe jede zweite bundesweit registrierte rechtsextreme Gewalttat wurde 1997 in den neuen Ländern begangen. Angesichts des geringen Ausländeranteils, der in Ostdeutschland unter zwei Prozent liegt, ist das Risiko für Ausländer im Osten um ein vielfaches höher als im Westen, wo der Fremdenanteil über zehn Prozent liegt. Bezogen auf tausend Einwohner wurden in Ostdeutschland im vorigen Jahr dreimal so viele rassistische Straftaten registriert wie in Westdeutschland.

Beispiele für die Eskalation der Gewalt gibt es inzwischen zuhauf – und nicht nur aus Brandenburg. Was mit den tödlichen

* Am 14. März im mecklenburgischen Neustrelitz.



F. HEIMANN / IMAGES.DE

Trödlerladen im thüringischen Saalfeld: Fest verwurzelt im bürgerlichen Umfeld

Tritten gegen Amadeu Antonio begann, sich über die Ausländerhatz von Hoyerswerda und die Flammenhölle von Rostock-Lichtenhagen fortsetzte, führte schließlich zum beinahe alltäglichen Wahnsinn:

- ▶ Am 9. Mai 1992 wurde ein Nigerianer mit den Rufen „Hängt das Neger-schwein“ in Wendisch Rietz von Rechts-extremen zusammengeschlagen und in einen See geworfen. Der damals 33jährige überlebte nur knapp.
- ▶ Am Himmelfahrtstag 1994 hetzten Skinheads Asylbewerber durch die Innenstadt von Magdeburg.
- ▶ Am 30. September 1996 schlugen Skins den Italiener Orazio Giambianco im brandenburgischen Trebbin zum Krüppel.
- ▶ Am 16. Juni 1996 warfen junge Neonazis im brandenburgischen Mahlow beim Überholen einen Stein in das Auto eines farbigen Briten. Das Auto prallte gegen einen Baum, der Fahrer, Noel Martin, ist seitdem querschnittgelähmt.
- ▶ Am 6. August 1997 fielen sieben Jugendliche in Frankfurt (Oder) über den Asylbewerber Mohammad Mouzain her. Er erlitt Blutergüsse und eine Platzwunde am Kopf.
- ▶ Am 5. Oktober 1997 schlugen Jugendliche in Fahrland bei Potsdam einen ungarischen Arbeiter mit Baseballschlägern krankenhausauf.

Eine vom SPIEGEL in Auftrag gegebene Emnid-Umfrage (siehe Grafiken) belegt das fremdenfeindliche Gefälle in der Bundesrepublik. 65 Prozent der Ostdeutschen sind danach der Ansicht, in Deutschland lebten zu viele Ausländer. Selbst 32 Prozent der vermeintlich linken ostdeutschen PDS-Anhänger denken dies.

Entsprechend hoch ist die Akzeptanz rechtsextremer politischer Gruppen in der Ex-DDR: Während sich im Westen nur sieben Prozent der Befragten vorstellen können, „unter Umständen“ demnächst eine rechte Partei zu wählen, sind es in Ost-

deutschland zwölf Prozent. Und 14 Prozent der Ostler glauben gar, eine Diktatur könnte die gegenwärtigen Probleme besser lösen als die Demokratie.

Erstmals beginnen sich die Ultras in Ostdeutschland parteipolitisch zu formieren. Über 1000 Rechtsradikale folgten Ende Januar dem Aufruf der NPD und marschierten durch Dresden. Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Armin Jäger (CDU) warnt: Den rechten Ideologen sei im vergangenen Jahr der „Einbruch in die Skinhead-Szene“ gelungen. Bislang beschränkten sich die Gruppen der Kahl- und Kurzgeschorenen darauf, ihren Fremdenfrust und Ausländerhaß in „autonomen Kameradschaften“ auszuleben.

Den dumpfen Haß auf alles Fremde haben viele rechtsradikale Kids mit ihren Eltern gemein. Die haben Demokratie nie gelernt und fühlen sich, enttäuscht von der kantigen Realität seit der Wende, als Verlierer der deutschen Einheit. In ihrer Erinnerung haben sich die Perspektiven verkehrt: Der einstmals als golden geträumte Westen entpuppte sich als Mördergrube, das Gefängnis der realsozialistischen DDR mutiert in der Erinnerung zum Hort so-



ACTION PRESS

Freizeitgestaltung Auto-Cruising
Drinnen dröhnt die Musik der Nazi-Bands

zialer Sicherheit. Sie träumen von einer verordneten heilen Welt mit Arbeit für alle Deutschen und ohne Ausländer, Kapital und Bonzen.

Viele Eltern sind zudem mit der Erziehung ihrer Zöglinge heillos überfordert. Zu DDR-Zeiten waren die Kinder bis spät nachmittags durch Krippe, Kindergarten und Hort versorgt, Familienleben fand erst nach Feierabend statt. Heute stehen die Jugendlichen nach der Schule um 13 Uhr auf der Matte und fordern außer einem Mittagessen adäquate Ansprache.

Doch die Erwachsenen haben mit sich selbst genug zu tun. Mit dem Verlust des Jobs und dem Bruch in der eigenen Biographie büßten sie nicht selten Ansehen und Glaubwürdigkeit ein. „Die Eltern sind keine Modelle mehr für die eigene Lebensgestaltung“, sagt der Magdeburger Oberstaatsanwalt Klaus Breymann.

Die soziale Tristesse im achten Jahr nach der Wiedervereinigung in weiten Teilen Ostdeutschlands trägt entscheidend zur Radikalisierung des Nachwuchses bei. Überall fehlt es nach dem Zusammenbruch der verordneten FDJ-Kultur an attraktiven Freizeitangeboten für Kids.

„Die Straße ist der bevorzugte oder meist verfügbare Ort für 13- bis 17jährige, die zu 60 Prozent angeben, hier den größten Freizeitanteil zu verbringen“, ergab eine Umfrage unter Sachsens Jugend. Helmut Seitz, Wirtschaftstheoretiker an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), spricht von einem speziellen „Phänomen der Auto- und Tankstellensubkultur“, die in vielen Kommunen Brandenburgs zum „Normalfall“ geworden sei. „Die Optionslosigkeit der Jugend beherrscht zwischenzeitlich bereits das Bild vieler Kommunen.“

In kleinen Orten zwischen Berlin und Frankfurt (Oder) werde den Jugendlichen absolut nichts geboten: keine regelmäßig geöffnete Disko, keine Jugendkneipe, kein von Jugendlichen akzeptierter Club. So würden Parkplätze, Bushaltestellen und Tankstellen zu Anlaufstellen der Heranwachsenden. Seitz: „Das Auto wird für viele Jugendliche zunehmend zum einzigen Inhalt ihrer Freizeit.“

Landauf, landab donnern Jugendliche in ihren hochfrisierten Pkw – zumeist VW Golfs – durch die Dörfer, die hinteren Scheiben der Autos sind schwarz, drinnen dröhnt nicht selten die Musik der Nazi-Bands, die Baseballschläger liegen griffbereit.

Die Haupttäter der rechten Gewalt sind keineswegs nur Arbeitslose, sondern auch Lehrlinge, Bundeswehrsoldaten im Urlaub, Heranwachsende in Lohn und Brot. Nicht allein die Arbeitslosigkeit, sondern vor allem auch die Angst vor dem Abstieg



Polizeieinsatz gegen Neonazis (1997), sichergestellte Waffen*: „Faschistoide Gewaltbereitschaft mit Vernichtungswillen“

treibe die jungen Leute in die Kriminalität, glaubt Brandenburgs Generalstaatsanwalt Rautenberg.

Das haben auch die rechten Rattenfänger erkannt. Die „Jugend von der Straße holen“ will etwa der West-Berliner Christian Wendt, 26. Im September vergangenen Jahres veröffentlichte das Neonazi-Kampfbblatt „Berlin Brandenburger“ seinen Appell zur „Schaffung von befreiten Zonen“, in denen „Kameradschaften souverän“ agieren könnten. Ziel sei es, so das Hetzblatt, Jugendclubs „in Eigenregie zu verwalten“, um ein „Projekt nationaler Jugendarbeit“ zu betreiben.

Wendt wirkt eher leger als martialisch. Doch der harmlos anmutende Intellektuelle ist einer der Chefideologen der jungen Rechtsextremen in Ostdeutschland.

„Befreite Zonen“, tönt er, „sind ein gutes Schlagwort“, das „viel Raum für Interpretationen“ lasse. Vorrangiges Ziel der Neonazis müsse es sein, „Stimmungen zu beherrschen“ und „Lebensräume zu schaffen und zu erhalten“. Durch „visuellen Wiedererkennungswert“ sollten die Rechten einander signalisieren: „Ich bin nicht allein.“

Der bekennende Nationalsozialist Wendt glaubt, daß die Rechten der „orientierungslosen Jugend immer häufiger Heimat und Vision“ bieten könnten. Er und seine Gesinnungsgenossen, verkündet Wendt stolz, lieferten der Jugend im Osten „den einzig greifbaren Gegenentwurf“.

Vor allem der akustische Wiedererkennungswert der Nazi-Musik hält die Szene zusammen. Gruppen mit programmatischen Namen wie „Sturmwehr“, „Landser“ und „Foierstoss“ transportieren mit rauen Rhythmen unverhohlenen Rassenhaß.

Die Berliner Band Landser bietet die Musik zum Pogrom: „Afrika für Affen, Europa für Weiße. Steckt die Affen in ein Klo, spült sie weg wie Scheiße.“ Der graue Markt der braunen Musik boomt. Die Justiz wirkt hilflos.

Rechte Rockkonzerte, getarnt als Geburtstagsfeiern, oder ganz normale Diskos werden in den neuen Ländern immer mehr zu Anlaufstellen für die harte Nazi-Schläger-Szene. Wenn, selten genug, die Polizei anrückt, gibt es Randalen wie im uckermärkischen Milow, wo in einem Lokal trotz Verbots mehr als 100 rechte Jugendliche eine Silvesterparty feierten. Als Polizisten den Saal räumten, flogen Steine und Kohlen. Zwei Beamte wurden verletzt.

Typisch dafür, wie sehr die jungen Radikalinskas in ihrem bürgerlichen Umfeld verwurzelt sind, ist ein Vorfall aus dem vorigen Sommer in Herzsprung bei Angermünde. Als die Polizei damals eine mit lauter Nazi-Musik untermalte Skin-Geburtstagsfeier auflösen ließ, stand Bürgermeister Heinz Georg Müller nach Polizeiangaben auf der Seite der Krawallmacher gegen das Einsatzkommando. Nachdem der angegriffene Gemeindevorsteher die Polizeikette zu durchbrechen versuchte, wurde er für eine Nacht eingelocht.

Solcher Schulterstoß zwischen Lokalgrößen und Jungnazis ist der ideale Nährboden für Strategen vom Schlage Wendts. Den Jungnazis hilft das mangelnde Problembewußtsein mancher Kommunalpolitiker, „autonome Kameradschaften“ vor Ort aufzubauen und miteinander zu vernetzen – nicht zuletzt mit modernster

Computertechnik. Seit Jahren schult Wendt örtliche „Kameradschaftsführer“.

Einige der rechtsradikalen Troupiers im Osten träumen offenbar schon vom Bürgerkrieg. In Jena stellte die Polizei Ende Januar in einem Garagenlabor mehrere Rohrbomben und den Sprengstoff TNT sicher.

Die mutmaßlichen Bombenbauer, zwei Männer und eine Frau im Alter zwischen 20 und 24 Jahren, sind flüchtig. Thüringens Verfassungsschutzchef Helmut Roewer sieht in dem braunen Bombenfund eine „neue Qualität“ in der Gewaltbereitschaft der rechten Szene.

Der NPD, die im Osten fast 1500 Mitglieder hat und straff gegliedert ist, könnte es gelingen, so fürchten Verfassungsschützer, das bislang diffuse extremistische Potential politisch zu sammeln. Wendt empfiehlt bei Schulungen seinen Eleven unverhohlen, „die Struktur der NPD zu nutzen“.

Den Aufbau Ost der NPD treibt vor allem Jürgen Schön voran, Landesgeschäftsführer der Partei in Sachsen. Im Biedenkopf-Land hat die NPD inzwischen mehr Mitglieder als Bündnis 90/Grüne, ihre Zahl stieg in zwei Jahren von 350 auf über 1000. In ihrer Hochburg Leipzig haben die Nationaldemokraten mit mehr als 200 Parteigenossen schon halb so viele Mitglieder wie die SPD.

Die Neuzugänge sind jung, meist um die 20. Der Altersdurchschnitt in Sachsen liegt mit 26 Jahren weit unter dem der Christdemokraten, deren Fußvolk im Schnitt um die 54 ist. Die NPD-Basis vereint kahlköpfige Rabauken, rotwangige Gastwirte mit Schäferhund und unreife Gymnasiasten.

Mit Parolen wie „Jagt sie davon, die Bonzen in Bonn“ und „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ sammeln die Ultras Pluspunkte bei Fremdenfeinden und Protestwählern. In den neuen Ländern geriert sich die NPD ähnlich wie einst der linke NSDAP-Flügel um den Reichsorganisa-



* Präsentiert auf einer Pressekonferenz der thüringischen Polizei im Februar in Erfurt.

Lebensraum im Ghetto

Magdeburg – Synonym für Gewalt im Osten

Die Schüler der zehnten Realschulklasse an der Integrierten Gesamtschule Neustädter Feld in Magdeburg sind fast alle stramme „Rechte“, sie tragen das Haar kurz geschoren, Bomberjacken und klotzige Springerstiefel. Da hält sich Gabriele Schmücking, 52, Lehrerin für Geschichte und Russisch, lieber zurück mit Bekenntnissen, daß sie dem Gedankengut der „68er“ anhängt, links, liberal und ausländerfreundlich – sich offen gegen die breite Schülerfront zu stellen ist der zierlichen Pädagogin zu stressig: „Man kann sich nicht für alles aufriddeln.“

In Magdeburg, der Stadt, die seit den bestialischen Morden an den linken Punks Torsten Lamprecht, 23 (1992), und Frank Böttcher, 17 (1997), und dem brutalen Mordversuch an dem Punk-Freund Gordon Gafert, 23, im Januar dieses Jahres (SPIEGEL 3/1998) zum Synonym für rechte Gewalt im Osten wurde, stoßen rechtsextreme Jugendliche auf wenig Widerstand. Ob sie wie der Realschüler und NPD-Sympathisant Ralf, 17, in der Klassetheorie den Holocaust herunterreden und „Ausländerghettos“ fordern oder wie der kahlgeschorene Oliver, 17, nach einer „vernünftigen Volksgemeinschaft“ streben – die Erwachsenen weichen zurück, anstatt gegen die primitiven deutschnationalen Parolen anzudiskutieren.

Lehrer fürchten, den Kontakt mit den Schülern zu verlieren. Bewohner der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts wechseln aus Furcht vor den „Glatzen“ die Straßenseite. Eltern, von denen viele zu den Wendeverlierern gehören, verfügen häufig nicht mehr über die Kraft und die Autorität, ihre Kinder aus dem Sog der rechten Cliquen zu ziehen.

Bei vielen Frustrierten reicht die heimliche Billigung für Übergriffe gegen Linke und Ausländer, gegen alles Andersartige, „Undeutsche“, viel weiter, als sie bekennen wollen. Öffentlich formulieren nur wenige ihre Gedanken so unverblümt wie die Magdeburgerin Verena Wieland

aus der Hans-Grade-Straße in der Plattenbausiedlung und Rechten-Hochburg Neu-Olvenstedt: „Wir sind froh über solche Jungen, welche die Drecksarbeit des Aufräumens besorgen, der Staat versagt ja auf fast allen Gebieten.“ Die Brutalität beim Anschlag auf die Wohnung des Punks Peter Böttcher, 19, vor zwei Monaten sei zwar „zu groß“ gewesen, dürfe aber niemanden wundern.



Skinheads Oliver, Ralf, Mitschüler: Kultureller Erdbeben

Stadtbekannte Skins hatten dem jungen Böttcher „eine Lektion erteilen“ wollen, weil sich die Oma eines Rechts-extremen über die Unordnung und den Lärm beschwert hatte. Zufällig traf es jedoch einen Freund Böttchers, Gordon Gafert, dem 13 Brutalos den Schädel einschlugen.

In Magdeburg, wo bald jeder vierte ohne Job ist, hat Arbeit ihre Funktion als Ordnungsfaktor und Sinnstifter zusehends verloren. Jugendliche beziehen Identität und Selbstwert heute vor allem aus der Mitgliedschaft in ihrer Gruppe.

Die Schere zwischen denen, die den Anschluß geschafft haben, und jenen, die der Vereinigungsprozeß ausgestoßen hat, klafft hier so weit auseinander wie kaum anderswo im Osten: Da sind die stolzen Filialen der Deutschen Bank und das beste Hotel am Platz, das protzige Maritim, die Leuchtreklamen des hellmarmornen Einkaufszentrums „City-Carré“ und die aufgemörtelten Prunkfassaden der renovierten Gründerzeitbauten am Hasselbachplatz. Doch von der Pracht profitiert nur eine schmale Minderheit.

Wer nicht bezahlen kann, ist ausgeschlossen. In der geheizten Shopping-Mall am Bahnhof entfernen die Aufpasser eines Sicherheitsdienstes gegen 6,50 Mark Stundenlohn unerwünschte Subjekte, Punks mit ihren Hunden, betrunkene Skins und Obdachlose – alles Menschen, die noch ein bißchen weniger besitzen als sie selbst.

Vor den Frittenbuden stehen täglich dieselben mit Bierdosen in der Hand – die meisten waren vor wenigen Jahren noch angesehene Bürger. Nun ahnen die Magdeburger, daß der Schwerindustriestandort endgültig am Ende ist und in den nächsten 10, 20 Jahren nichts Neues kommen wird.

Die Arbeitslosigkeit in der Regierungsmetropole Sachsen-Anhalts stieg inzwischen auf den bundesweiten Spitzenwert von 23 Prozent, nicht gerechnet die Sozialhilfeempfänger, die Hausfrauen, die eigentlich arbeitslos sind, und all jene, die sich nicht registrieren lassen, weil sowieso alles sinnlos sei.

Den Betonfahrer Olaf, 34, der abends im Bezirk Stadtfeld am Kiosk steht, Kalle, 58, den ehemaligen Landarbeiter, der bei jedem Wetter im grünen Parker kommt, und Otto, 52, den früheren Maschinenwart mit den wilden, weißen Locken, verbindet in ihrer Biographie nichts als diese Trostlosigkeit. Alle nicken jedoch einmütig, wenn Olaf und Otto sich in einfachen Sätzen die Welt erklären: „Der Wessi trägt ’nen Schlips, und der Schoko macht für ihn den Billigjob auf der Baustelle. Wären die Ausländer weg, könnten wir alle zurück an unsere deutschen Werkbänke.“

Dem rassistischen Mob gehören in Magdeburg mittlerweile Menschen an, die sich „vor zehn Jahren für ihre heutigen Äußerungen geschämt hätten“, sagt Jürgen Genzmann, 41, der den kulturel-

len Erdbeben bei den Mitbürgern als Streetworker verfolgt. „Die Kinder setzen dann nur noch in die Tat um, was die Eltern formulieren“, erklärt Jugendamtsleiter Rainer Förster die Übergriffe auf Fremde, Linke und alle, die anders aussehen als ein ordentlicher Deutscher.

Innerhalb einer Woche prügelten zwei rechtsextreme Jugendliche einen 20-jährigen Chinesen in der Straßenbahn krankenhausreif, wurde ein 33-jähriger Iraker in Neu-Olvenstedt geschlagen, mit Stiefeln getreten und mit einem Messer bedroht, eine Gruppe durchreisender afrikanischer Asylbewerber angegriffen, ein weiterer Iraker und ein Türke mit Steinen beworfen und ein 17-jähriger Punk von einem Skin verprügelt, der dazu nur kurz aus dem Taxi gestiegen war, um danach seelenruhig seine Fahrt fortzusetzen.

Geraten die Skins dann mit ihren brutalen Übergriffen in die Schlagzeilen, ist das öffentliche Entsetzen stets groß. Wenige Städte haben so viel Aktionismus in der Jugend- und Sozialarbeit bewiesen wie Magdeburg. Doch an dem Spannungsfeld aus explodierender Arbeitslosigkeit, totaler Entindustrialisierung und No-Future-Gefühlen kann dies kaum etwas ändern.

Über 40 Freizeitheime und Clubs gibt es in der 250 000-Einwohner-Stadt, sogar ein alter Fischkutter wurde restauriert, um mit Problemjugendlichen auf der Ostsee zu schippern. „Aber wie ernst ist es uns wirklich, uns mit diesen Jugendlichen zu beschäftigen?“ fragt Jugendamtschef Förster. Es dauerte Jahre, Streetworker zu finden, die sich auch in Problemreviere wie Neu-Olvenstedt wagen.

Am aufrichtigen Willen der Kollegen, sich mit pubertierenden, krisengebeutelten Skins oder verkifften, wohnungslosen Punks auseinanderzusetzen, zweifeln auch die Sozialarbeiter Tom Bölcke, 36, und Reiner Krauß, 35, vom „Knast“, einem Jugendzentrum im ehemaligen Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit. „Wenn der Jugendclub nur noch Töpferkurse anbietet, Hunde und Alkohol verboten sind, kommen natürlich nur noch die Sieben- bis Zwölfjährigen, die keinen Ärger machen“, weiß Krauß.

In Neu-Olvenstedt stehen morgens die Bewohner ganzer Straßenzüge nicht mehr zur Arbeit auf, nur die Kinder gehen noch zur Schule. Mit welchen politischen Ambitionen und Idealen diese Jugend groß wird, wenn der Lebensraum zum Ghetto und Arbeit zur Ausnahme wird, fragen sich Pädagogen wie Gabriele Schmücking – um dann sofort zu betonen: „Unser Einfluß ist begrenzt, wir können uns auch nicht für alles fertigmachen.“

tionsleiter Gregor Strasser, der 1932 die „antikapitalistische Sehnsucht“ beschwor.

Anders als die Deutsche Alternative des Neonaziführers Michael Kühnen, die Nationale Offensive, die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei, die Deutsche Volksunion des Münchner Verlegers Gerhard Frey oder Franz Schönhubers Republikaner, die allesamt nach der Wende im deutschen Osten scheiterten, hat die NPD dort offenbar den rechten Ton getroffen – eine Dissonanz aus ungebremstem Fremdenhaß und sozialem Populismus. Komplette Orts- und Kreisverbände der Republikaner wechselten zur NPD.

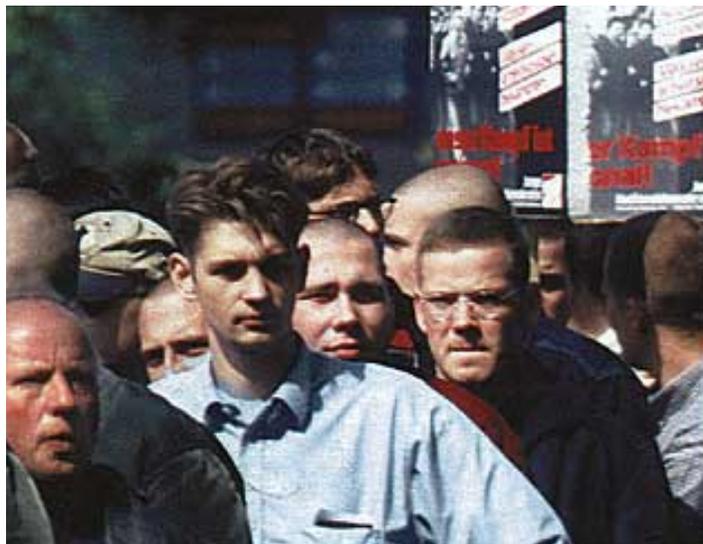
Seitdem der Hauptmann der Reserve Udo Voigt die Parteiführung übernommen hat, wächst unter schwarzweißroten Fahnen zusammen, was zusammengehört. Munter verbünden sich die bisweilen fast nationalbolschewistisch anmutenden Kämpen aus dem Osten mit Neonazis aus dem Westen, mit denen sie die Vorliebe fürs Hemmungslose teilen.

Das Resultat: In keiner anderen Partei – von der PDS einmal abgesehen – ist der ostdeutsche Flügel mittlerweile so einflußreich wie in der NPD, wo die Ostler rund ein Drittel der 4300 Mitglieder stellen.

Bislang lagen die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien in den neuen Ländern durchweg weit unter denen im Westen, nirgends, auch nicht auf lokaler Ebene, übersprang eine Rechtspartei in der Ex-DDR die Fünf-Prozent-Hürde. Sächsische Verfassungsschützer fürchten, daß sich das bald ändern könnte. Die NPD will nicht nur bei den sächsischen Kommunalwahlen im nächsten Jahr in mehreren Städten, darunter Leipzig, antreten, sondern auch bei der Landtagswahl im Herbst 1999.

Die Rechten setzen dabei vor allem auf Jungwähler. Nach einer Studie im Auftrag des sächsischen Kultusministeriums würden sieben Prozent der 13- bis 18-jährigen in Sachsen der NPD ihre Stimme geben, wenn sie wahlberechtigt wären.

Wie tief seine Landeskiner schon im braunen Sumpf stecken, erfuhr Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) Ende Januar. Noch zur Jahreswende hatte Stolpe Übergriffe gegen Ausländer im Brandenburgischen als „Einzelfälle“ abgetan, begangen von „Banditen“. Doch dann besuchte er eine Gesamtschule in



Neonazi Wendt: „Jugend von der Straße holen“

Belzig, um mit Schülern über Gewalt und Fremdenfeindlichkeit zu diskutieren.

„Sie sehen ja“, sagte da ein kurzgeschorener Schüler dem Landesvater ins Gesicht, „ich bin rechts.“ Dann erklärte er knapp warum: „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg.“ Beifall brandete auf im Schulraum. Beinahe die Hälfte der etwa achtzig Kinder hatte der Kurzhaarige auf seiner Seite.

Der hohe Besuch und die Anwesenheit des Direktors Gerd Ulbrich hatte zahlreiche Schüler nicht davon abgehalten, in Springerstiefeln und Bomberjacken zu erscheinen. Bei vielen, erklärte Ulbrich später dem Regierungschef, habe er „die Meinung der Eltern rausgehört“.

Der Direktor hat mit dem heimischen Rassismus seine eigenen Erfahrungen gemacht. In seine Schule gehen die beiden Kinder des deutschen Ehepaars, das den Ghanaer Martin Agyare aufgenommen hat. Der Afrikaner wurde bereits zweimal, 1994 und 1997, von Skins überfallen und übel zugerichtet. Ein Bein mußte ihm bis zum Knie amputiert werden.

Das gastfreundliche brandenburgische Ehepaar muß, seit es Agyare beherbergt, in der Stadt (7800 Einwohner) Spießruten laufen. Morddrohungen gehören zu ihrem Alltag, die Frau wird als „Neger-Hure“ beschimpft, die beiden Kinder werden in der Schule angespuckt.

Bisweilen geben Politiker im Osten dem dumpfen Fremdenhaß der Rechten noch Futter. So schwadronierte Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Berndt Seite (CDU) bei einer USA-Reise darüber, die Türken in der

„Könnte eine Diktatur die gegenwärtigen Probleme in Deutschland besser lösen als die Demokratie?“

	WEST-DEUTSCHE	OST-DEUTSCHE
ja	7	14
nein	88	69
weiß nicht	5	16

DER SPIEGEL

Bundesrepublik wollten „gar nicht Deutscher werden“. Und seinen amerikanischen Gesprächspartnern versicherte der Provinzfürst: „Wir wollen kein Einwandererland werden.“

Seitens dumpfe Erklärungen hätten vor jedem Rechtsextremen bestehen können: Wenn er als Protestant in Istanbul eine Kirche bauen wolle, „hauen die mir das doch zusammen“, bevor er den dritten Stein gesetzt habe.

Ausbaden müssen das zumindest leichtfertige Gerede die Sozialarbeiter im Osten. Inzwischen werden Streetworker schon mit 13- und 14-jährigen konfrontiert, die rechte Sprüche klopfen. Als die Polizei vor wenigen Wochen auf einem Angermünder Sportplatz einen illegalen Nazi-Treff aus hob, fand sie Baseballschläger und eine Fahne mit aufgeschmierten Hakenkreuzen. Hauptverdächtige sind Kids im Alter von 14 und 15 Jahren.

Noch halbe Kinder verbreiten sich inzwischen über die „Auschwitz-Lüge“. „Den harten Kern der rechtsextremen Szene“, klagt Sozialarbeiterin Ina Gral resigniert, „können wir nicht mehr beeinflussen.“ Versuche, mit einem „Kinder- und Jugendparlament“ den Nachwuchs in die kommunale Demokratie einzubinden, seien „im Bürokratiepalaver versandet“.

Die Begeisterung für das demokratische System hält sich in der ehemaligen DDR ohnehin in Grenzen. Nur 30 Prozent der Ostdeutschen, ergab eine Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach Ende vergangenen Jahres, hielten die Demokratie für verteidigungswert. Der Anteil der Ostdeutschen, die sich als Bürger zweiter Klasse fühlen, sank zwischen 1990 und 1995 von 85 auf 69 Prozent. Inzwischen steigt er wieder: Im Mai 1997 gaben 80 Prozent bei einer Emnid-Umfrage an, dieser Satz treffe auf sie zu.

Zwölf Jahre Hitler-Diktatur und 40 Jahre DDR-Pädagogik, da sind sich Soziologen einig, haben deutliche Spuren hinterlassen. „Völkerfreundschaft“ stand bei der SED bloß auf dem Papier. Selbst der Umgang mit den im Lande stationierten „ruhmreichen Sowjetsoldaten“ wurde weitestgehend unterbunden. „In der DDR“, erinnert sich der Lehrer Holger Zschoge, „wurden wir autoritär erzogen.

Alles, was anders war – ob Christen oder Punks –, wurde ausgegrenzt.“

Zschoge gehört zu der schwachen Gegenmacht, die sich der rechten Szene entgegenstellt. Er leitet heute die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen in Angermünde. Jetzt räche sich, glaubt er, daß eine liberale, bürgerliche, demokratiewillige Schicht von der SED planmäßig zerstört wor-



Weltjugendfestspiele in Ost-Berlin (1973): „Wir wurden autoritär erzogen“

den sei. „Die sind früher in den Westen gegangen oder nach Berlin oder Dresden abgewandert. Und die Abwanderung hält bis heute an.“

Die kleine politische Klasse, die sich in den neuen Bundesländern seit 1989 entwickelt hat, ist teils zu schwach, teils unwillig, sich offensiv mit der Dumpfheit ihrer Landsleute auseinanderzusetzen. Als ein Jusos SPD-Genossen in Frankfurt (Oder) vorschlug, die Chancen der deutsch-polnischen Beziehungen zum Wahlkampfthema zu machen, stieß er auf Ablehnung: „Denk doch an unsere Wähler!“

Die Angst vor diesem unbekanntem Wesen hat schon manches Unheil angerichtet. Als der rechte Mob 1991 in Hoyerswerda und ein Jahr später in Rostock-Lichtenhagen Asylbewerber und Gastarbeiter niederknüppelte und deren Wohnungen anzündete, reagierten die Herrschenden fatal: Sie schafften die Opfer in andere Teile der Republik. Hoyerswerda war bald nach den Angriffen der rechten Randalierer so gut wie „ausländerfrei“.

Die jungen Rechtsextremisten, glaubt Experte Wagner, einer der besten Kenner der ostdeutschen Neonazi-Szene, hätten damals das Gefühl gehabt, sie verkörperten „den Willen des Volkes“, sie hätten die schweigen-

de Mehrheit hinter sich. „Die festverwurzelte Intoleranz der gesellschaftlichen Mitte bildet die Brücke zwischen rechtsextrem orientierter Jugendgewalt und breiten Teilen der Bevölkerung.“

Hans-Gert Lange vom Bundesamt für Verfassungsschutz warnte vergeblich vor dem Zurückweichen der Politik, weil es den Randalierern das Gefühl gebe, sie hätten zwar etwas rabiat, aber im Grunde richtig gehandelt.

Doch die Politik wich noch weiter zurück, eine parteiübergreifende Bonner Koalition verabschiedete vor fünf Jahren den Asylkompromiß. Die vage Hoffnung von Leuten wie Wolfgang Schäuble (CDU) und Hans-Ulrich Klose (SPD), den Rechten werde dadurch der Boden entzogen, erweist sich immer mehr als illusorisch.

Noch im September vorigen Jahres wiegelte Manfred Stolpe ab, als die kleine Gemeinde Gollwitz die Aufnahme 60 jüdischer Einwanderer verweigerte: Er sprach von „Planungsfehlern“ und nahm die „normalen Bürger“ des inkriminierten Dorfs in Schutz.

Auch 1933 seien es „stinknormale Bürger“ gewesen, konterte Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, und warf Stolpe fehlendes Geschichtsbewußtsein vor.

Bei ganz normalen Bürgern längs der Oder hat Rolf Schmachtenberg, Abteilungsleiter im brandenburgischen Sozialministerium, eine „widerliche Doppelmoral“ ausgemacht: So mancher im Osten Brandenburgs lasse sein Häuschen billig

„Nehmen Ausländer uns die Arbeitsplätze weg?“

	WEST-DEUTSCHE	OST-DEUTSCHE
ja	28	48
nein	69	46

DER SPIEGEL

An 100 fehlende Prozent: keine Angabe Emnid-Umfrage für den SPIEGEL; 922 Befragte, 20. bis 25. Februar 1998

von Polen ausbauen, schimpfe aber zugleich auf ausländische Arbeiter, die den Deutschen die Jobs wegnähmen.

Sobald Polen die Grenze passieren, sind sie Haßobjekt. „Laut in der Straßenbahn polnisch zu reden“, erzählt der Student Adam Twardoch, der an der Europa-Uni in Frankfurt (Oder) Betriebswirtschaftslehre studiert, „traue ich mich nicht.“

Das Gebiet zwischen Bahnhof, dem Einkaufszentrum „Oderturm“ und Grenzübergang gilt als „Bermudadreieck“, in dem, wie der Ausländerbeauftragte der Europa-Uni Dieter Martiny sagt, „man schon mal verlorengehen kann“.

Wie ein Bumerang treffen die Folgen der Fremdenfeindlichkeit inzwischen die neuen Bundesländer selbst: Immer wieder schärft Brandenburgs Wirtschaftsminister Burkhard Dreher seinen Landsleuten ein, Fremdenfeindlichkeit schrecke ausländische Investoren ab.

Auf Tourismus-Messen im Ausland werden Brandenburgs Vertreter mit der Frage konfrontiert, ob man einen Urlaub in ihrem Land überhaupt noch heil überstehen könne. West-Berliner Lehrer aus Schulen mit hohem Ausländeranteil weigern sich, mit ihren Schulklassen nach Brandenburg oder Mecklenburg zu fahren.

Auch der Ort Mahlow südlich von Berlin, in dem der Brite Noel Martin zu Schaden kam, bekommt zu spüren, was es

heißt, als braune Hochburg zu gelten. „Es gibt Probleme, Gewerbe und andere Immobilien zu vermieten“, klagt Bürgermeister Werner la Haine, „Menschen aus ganz Deutschland schrieben, daß sie nach Mahlow ziehen wollten, aber nicht mehr könnten.“

Selbst eines der brandenburgischen Vorzeigeprojekte, die Europa-Uni in Frankfurt (Oder), ist durch die rechten Randalierer gefährdet. Rektor Hans Weiler sah Ende vergangenen Jahres bereits „das Fundament“ seiner Universität bedroht.

„Ausländische Angehörige von Mitarbeitern“, so Weiler in einem dramatischen Appell an die Bürger der Stadt, „dringen auf einen Wegzug aus Frankfurt, weil sie die Anpöbelungen in der Öffentlichkeit nicht mehr ertragen können.“

Meist sind es einzelne, die sich gegen den Fremdenhaß stark machen – Pfarrer, Sozialarbeiter oder Künstler. Mutig verabreden sich manchmal polnische Studenten in Frankfurt (Oder) zur gemeinsamen Straßenbahnfahrt, um in der Bahn ihre Sprache zu sprechen – „damit es alle merken“. Im November vorigen Jahres organisierten Studenten der Viadrina eine Lichterkette vom Frankfurter Rathaus zum Rathaus in der polnischen Stadt Slubice am anderen Ufer der Oder.

Mit Hilfe von Schulsozialarbeitern gelang es in Guben, den Einfluß der Neonazis

auf die Kids einzudämmen. Unter Anleitung von Frontmann Wendt hatten rund 30 junge Rechtsradikale von der Gruppe „Junges Nationales Spektrum“ versucht, die Jugendclubs der früheren „Wilhelm-Pieck-Stadt“ in den Griff zu bekommen.

Kommunalpolitiker und Sozialarbeiter intensivierten daraufhin die Jugendarbeit. Sie stellten Container für Jugendtreffs auf, ließen eine Puppenbühne bauen und organisierten Fahrten nach Polen sowie zu KZ-Gedenkstätten.

Stadtjugendpfleger Ingo Ley, ein muskulöser Blonder mit tätowierten Armen: „Wir dulden keine national befreiten Zonen.“ Doch auch Ley weiß: „Mit ABM-Stellen schaffe ich in der Jugendarbeit keine Kontinuität.“

Auch andernorts gibt es bescheidene Erfolge im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Selbst in der als Brown-Town verschrieenen Stadt Schwedt gelang es, eine kleine Hip-Hop-Szene zu etablieren, ein Gegenmilieu zur Skin-Szene der Stadt. Und in Eberswalde existiert bis heute ein Afrikanischer Kulturverein.

„Wir müssen die Angst überwinden“, fordert Holger Zschoge, „denn manchmal ist die Angst größer als die tatsächliche Bedrohung.“ Mutige Worte. Im Januar flogen Steine in die Fensterscheiben seiner Parterre-Wohnung in Angermünde. Vor 14 Tagen zog er in eine neue, sichere Wohnung.